

„Europa konkret. Herausforderung und Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ ✓

Im letzten Jahrzehnt haben besonders weitreichende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen stattgefunden, die zu einer neuen Bedeutung der Regionen in Europa geführt haben

Die Nachbarschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg ist deshalb nicht von ungefähr Grundlage seiner Europapolitik. Die Aufnahme dieses Zieles in die Präambel der Landesverfassung bringt dies in besonderer Weise zum Ausdruck.

Der Regierungsbezirk Südbaden grenzt am Oberrhein an die französische Région Alsace mit ihren beiden Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin, am Hochrhein an die Schweizer Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Zürich, Schaffhausen und Thurgau. Die Grenze zur Schweiz ist zugleich Außengrenze der EU.

Die meisten Landkreise im Regierungsbezirk, der 2,1 Mio. Einwohner zählt, sind Grenzlandkreise. Deshalb hat die Landesregierung speziell den Regierungspräsidenten von Freiburg mit der regionalen Gesamtkoordination dieses vielfältigen Politikfeldes beauftragt.

Nach dem 2. Weltkrieg waren die nachbarschaftlichen Beziehungen grundlegend zerrüttet. Unvergessen sind deshalb Pioniere wie der damalige Colmarer Bürgermeister Joseph Rey und der frühere Regierungspräsident Anton Dichtel, die unter den Nazis zusammen im Gefängnis gesessen hatten und in den fünfziger Jahren erste Schritte hin zu einer grenzüberschreitenden politischen Zusammenarbeit gegangen sind.



Villa Rehfus/Kehl: Sitz der Oberrhein-Konferenz „Infobest“ Kehl/Straßburg

Erst im Jahre 1975 begann schließlich die erste Phase der offiziellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es entstand das wichtigste Gremium der staatlich-regionalen Politik und Verwaltung, die „Deutsch-Französisch-Schweizerische Regierungskommission“, deren Regionalausschüsse heute als „Oberrheinkonferenz“ den wichtigsten Part in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spielen.

Seither hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit immer konkretere Formen angenommen. Kooperation war nicht mehr die Ausnahme, sie wurde zur Regel.

Weitere Chancen boten die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes, die Einführung des Euro und – im Verhältnis zur Schweiz – das Inkrafttreten der bilateralen Verträge.

ZENTRALE GEOGRAFISCHE POSITION

Obwohl die Région Alsace, die Nordwestschweiz, Baden und die Südpfalz von den jewei-

ligen Hauptstädten aus gesehen eher am Rande liegen, nehmen sie doch in Europa eine zentrale geografische Position ein. Dabei stehen sie, völlig atypisch für eine Grenzregion, in ihren jeweiligen Ländern wirtschaftlich ganz an der Spitze.

Die in der Vergangenheit immer wieder beklagte Entfremdung der Sprachen und Kulturen begreifen die Wirtschaftsfachleute inzwischen als größten Wettbewerbsvorteil. Denn gerade die Vielfalt der Systeme macht den Raum zwischen Jura, Schwarzwald und Vogesen zu einer den vielfältigsten Herausforderungen gewachsenen Drehscheibe.

Am Oberrhein leben heute 5,7 Mio. Menschen. Mit einer Bruttowertschöpfung von 145 Mrd. Euro entspricht die Wirtschaftskraft des Grenzraumes der von Norwegen. 80.000 Grenzpendler überqueren jeden Tag den Rhein und Kaufkraftströme fließen in alle Richtungen.

Die oberrheinischen Universitäts- und Hochschulverbände EUCOR und COLINGUA

Espace de la Conférence
du Rhin Supérieur

Mandatsgebiet
der Oberrheinkonferenz



 **Limite géographique de l'accord du 21 septembre 2000**
Räumlicher Geltungsbereich der Vereinbarung vom 21. September 2000

Thann Arrondissement (F) - Landkreis / Kreisfreie Stadt (D)
FREIBURG Département (F) - Regierungsbezirk (D) - Kanton (CH)
BS = BASEL-STADT
SUISSE État - Staat



Rhin Supérieur/Oberrhein

sowie das Netzwerk „Biovalley“ sind Beispiele für erfolgreiche gemeinsame Standortpolitik. So tritt der Oberrhein inzwischen mit gemeinsamen Internet-Seiten als Wirtschaftsstandort international auf.

Auch das Engagement gewählter Politiker an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, z. B. in den neuen kommunalen „Regios“ wie dem „Centre“ im Raum Strasbourg/Ortenau und dem „Oberrheinrat“ ist stark gewachsen. Dabei steht der Oberrheinrat nicht in Konkurrenz zur Oberrheinkonferenz, sondern die Abgeordneten verstehen sich im besten Sinne als „Lobbyisten“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den jeweiligen Parlamenten.

Ein tragendes Element der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Strukturpolitik der EU, die seit 1990 mit der Gemeinschaftsinitiative „INTERREG“ ein Kofinanzierungsinstrument anbietet, das auch vom Land in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit intensiv genutzt wird.

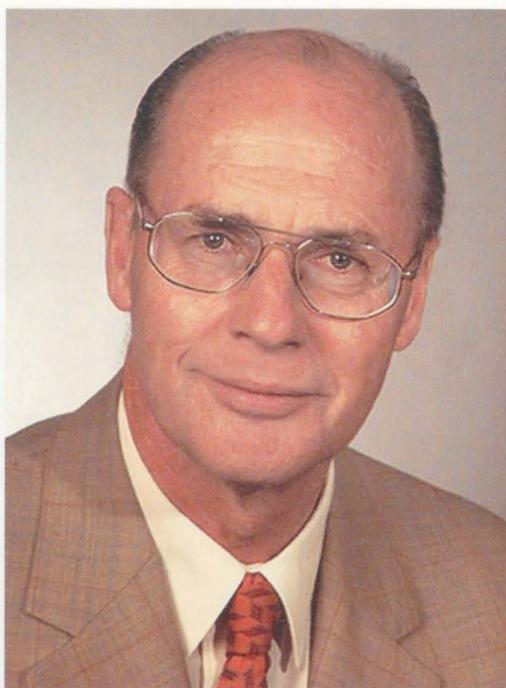
Die EU-Förderung löste am Oberrhein eine vorher nie gekannte Fülle konkreter Kooperationsprojekte aus, mit deren Hilfe seitdem mehr als 200 Projekte in allen Bereichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit realisiert werden konnten.

Die mit dieser Förderung aufgebauten grenzüberschreitenden Institutionen wie die Informations- und Beratungsstellen „INFO-BEST“, das „Euro-Institut“ in Kehl, das Institut für ökologischen Landbau in Colmar oder das Gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz sind heute nicht mehr wegzudenken.

Im Rahmen des derzeit laufenden INTERREG III Förderprogramms 2000 - 2006 erhält das Land Baden-Württemberg (Oberrhein und Bodensee) erneut insgesamt 33,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

1994: KARLSRUHER ÜBEREINKOMMEN

Es war ein ganz wesentlicher Fortschritt, dass im Jahre 1994 auf Vorschlag der Oberrheinkonferenz die Regierungen von Frankreich, Luxemburg, Schweiz und Deutschland das sog. Karlsruher Übereinkommen unterzeichnet haben.



Dr. von Ungern-Sternberg, Regierungspräsident Freiburg

Es ermöglicht Städten und Gemeinden die Bildung grenzüberschreitender Zweckverbände und die Realisierung von grenzüberschreitenden Projekten in eigener Verantwortung, ohne jeweils die Zustimmung der Außenminister einholen zu müssen.

Dies ist wichtig, denn der Oberrhein präsentiert sich, und das ist seine hervorstechendste Eigenschaft, als engmaschiges Städtetz ohne dominierende Metropole. Damit wird in exemplarischer Weise die vom europäischen Raumentwicklungskonzept empfohlene polyzentrische Raumstruktur illustriert.

Der Verkehr ist einer der Schlüsselbereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So muss die Einbindung des Oberrheinraumes nicht nur in Ost-West-Richtung (Verknüpfung TGV/ICE) sondern auch sowie in Nord-Süd-Richtung (3./4.Gleis und NEue AlpenTransversale) verbessert und ergänzt werden.

Gleichzeitig brauchen wir eine Fülle von neuen grenzüberschreitenden Verbindungen - Brücken über den Rhein. Wie die Sprossen einer Leiter sollen sie sich von Karlsruhe über Straßburg, Freiburg, Mulhouse, Basel, Walds-

hut bis hin in den Aargau ziehen. Die am 10. Oktober eröffnete Rheinbrücke bei Altenheim-Eschau gehört dazu.

Der neue Landesentwicklungsplan des Landes Baden-Württemberg hat sich diese Sicht der Dinge zu eigen gemacht. Mit der Einstufung des gesamten Oberrheingebietes zwischen Mannheim und Basel als „Europäischer Verflechtungsraum“ wird die Sicherung der internationalen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Ziel festgeschrieben.

Allerdings besteht weiter die Gefahr, dass wir uns, bei all diesen positiven Rahmenbedingungen, sprachlich entfremden.

Ich bin deshalb sehr glücklich, dass Landesregierung und Landtag so geschlossen für das Grundschulfranzösisch am Oberrhein eingetreten sind. Dies ist die nötige Antwort auf die verstärkten Bemühungen auf der anderen Rheinseite, Elsässisch und Deutsch neuen Elan zu geben; Ausdruck des Fortschritts, den das Ver-

ständigungsgespräch am Oberrhein schon erreicht hat.

Dass der Landesverein Badische Heimat schon seit langem vielfältig dieses Gespräch fördert und mitgestaltet, sei hier anerkennend festgehalten.

Jean Monnet hat einmal gesagt: „Nous ne coalisons pas des états, nous unissons des hommes.“

Es sind die Regionen, die den Bürgern nahe und für ihr alltägliches Leben entscheidend sind. Europa muss von unten nach oben gedacht und gebaut werden. Landschaften, wie der Oberrhein werden das Fundament Europas sein.

Anschrift des Autors:
Dr. Sven von Ungern-Sternberg
Regierungspräsident,
79098 Freiburg